

ROSWITHA PIOCH

Von distributiver zu produktivistischer Gerechtigkeit? Wohlfahrtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit in der sozialistisch-sozialdemokratischen Tradition

1. WOHLFAHRTSSTAATLICHKEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT IN DER POLITIK

Wohlfahrtsstaatlichkeit dient der Lösung gesellschaftspolitischer Verteilungsfragen. Im Zuge der Globalisierung, Internationalisierung und Europäisierung marktwirtschaftlicher Prozesse haben sich alte Verteilungseinheiten aufgelöst. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit bei gleichzeitig steigenden Kapitalgewinnen, Ausweitung der Absatzmärkte einerseits sowie neue Formen der Arbeitnehmermobilität andererseits führen zu neuen Verteilungsfragen, auf die der Wohlfahrtsstaat in Zukunft eine Antwort geben muss. Welche Verteilungslösung von den politischen Akteuren bevorzugt wird, ob mehr Markt, mehr Staat oder mehr individuelle Eigenverantwortung befürwortet wird, hängt neben den finanziellen Ressourcen eines Landes und seinen historisch gewachsenen Institutionen maßgeblich davon ab, welche normativen Deutungen von sozialer Gerechtigkeit zur Legitimation der jeweiligen wohlfahrtsstaatlichen Verteilungslösung vorherrschen.

Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit ist nicht erst mit der Verkündung der Agenda 2010 durch Bundeskanzler Gerhard Schröder zum zentralen Gegenstand der politischen Diskussion um die Zukunft des Sozialstaates geworden. Die Agenda 2010 als sozialdemokratisches Programm, das neben der Reform des Sozialstaates zugleich deutliche Einschnitte in das sozialstaatliche Leistungsspektrum gerade für diejenigen bedeutet, die zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts auf den Sozialstaat angewiesen sind, hat mehr denn je innerhalb der Linken in Deutschland die Frage aufgeworfen: Was heißt eigentlich soziale Gerechtigkeit, welche Wohlfahrtsstaatlichkeit wollen wir? Die Vieldeutigkeit des Begriffs ›soziale Gerechtigkeit‹ quer durch die Parteienlandschaft wird mit einem Blick auf die Wahlprogramme zur Bundestagswahl im September 2002 deutlich. In jenem Wahlkampf, der zur zweiten Legislaturperiode der rotgrünen Regierungskoalition führte, hieß es: ›Innovation und Gerechtigkeit‹ weisen die

Richtung des Regierungsprogramms der SPD an. Bündnis 90/Die Grünen traten für eine ›gerechte Globalisierung‹ ein und forderten ›Gerechtigkeit statt neoliberaler Ellenbogenpolitik‹. Die PDS ließ verlauten: ›Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft!‹ Doch nicht nur die Linke beansprucht für sich den Wert der Gerechtigkeit. ›Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit‹ sind Grundwerte, die auch die CDU, die in ihrem Wahlprogramm zugleich ›Steuergerechtigkeit‹, ›Wehrgerechtigkeit‹ und ›Dienstgerechtigkeit‹ verspricht, für unverzichtbar hält. Auch die FDP will ›durch mehr Transparenz und Vereinfachung für mehr Gerechtigkeit‹ im Sozialstaat sorgen.

Alle reden von Gerechtigkeit. Man sieht: Gerechtigkeitsvorstellungen stehen im Wettbewerb zueinander. Soziale Gerechtigkeit wird als Wert von allen demokratischen Parteien in Deutschland, von der Linken, den Liberalen und den Konservativen, zur Legitimation ihres jeweils präferierten Modells von Wohlfahrtsstaatlichkeit besetzt. Die Deutungen dessen, was soziale Gerechtigkeit eigentlich heißt, variieren je nach Standort im Parteienspektrum. Die Vorstellungen darüber, was soziale Gerechtigkeit bedeutet, sind nicht einmal innerhalb der Linken eindeutig, sondern unterliegen dem sozialen Wandel und der gesellschaftlichen Auseinandersetzung über eben diese Wertdeutungen. Der folgende Beitrag geht davon aus, dass Gerechtigkeitsvorstellungen in der Moderne notwendig uneinheitlich sind (2). Vor diesem Hintergrund wird zunächst die historische Entwicklung der Leitideen der Sozialdemokratie skizziert (3). Dann wird gezeigt, welche unterschiedlichen Gerechtigkeitsdeutungen von der Linken in der Debatte um die Zukunft des Sozialstaates in Deutschland hervorgebracht werden (4). Im Anschluss wird der paradigmatische Wandel in den Gerechtigkeitsvorstellungen innerhalb der Linken in der Zeit der rotgrünen Regierungskoalition thematisiert (5).

2. DIE NOTWENDIGE VIELDEUTIGKEIT VON SOZIALER GERECHTIGKEIT IN DER MODERNEN GESELLSCHAFT

Früher, in traditionellen Gesellschaften, wurde der gesellschaftliche Zusammenhalt durch allgemeingültige, einheitsstiftende religiöse Weltbilder hergestellt. Diese bildeten das normative Fundament der Gesellschaft. Religion war zugleich Moral. Ihre Geltung war allumfassend und galt als unhinterfragbar für die Gesellschaftsmitglieder. In modernen Gesellschaften sieht dies anders aus. Die allgemeingültigen religiösen Weltbilder haben sich verflüchtigt. Angesichts der heutigen Pluralität religiöser und

nicht-religiöser Lebensstile kann von einer allgemein verbindlichen Religion gegenwärtig keine Rede mehr sein.¹

Max Weber beschreibt die Entwicklung der modernen Gesellschaft als Ausdifferenzierung von Wertsphären, unter denen Religion eine neben anderen darstellt, wie etwa die Wirtschaft, die Politik oder die Wissenschaft. Diese Wertsphären geraten zunehmend miteinander in Konflikt. Für Weber sind Wertkonflikte in dem Maße, in dem sich die Lebensführung rationalisiert, unvermeidlich. »Je nach der letzten Stellungnahme ist für den Einzelnen das eine der Teufel und das andere der Gott, und der Einzelne hat sich zu entscheiden, welches für ihn der Gott und welches der Teufel ist.«² Es mag sein, dass sich in alltagsweltlichen Wertkonflikten Kompromisse finden lassen. Ein übergeordneter, universalistischer Maßstab ist, folgt man Max Weber, mit der Ausdifferenzierung der Gesellschaft in unterschiedliche Wertsphären nicht mehr möglich.

Der Systemtheoretiker *Niklas Luhmann* radikalisiert später Webers Beschreibung der in Konflikt stehenden Wertsphären in der Gesellschaft. Nach Luhmann können wir uns die moderne Gesellschaft als ein Gesamtsystem vorstellen, welches in verschiedene funktionale Teilsysteme untergliedert ist, in der jedes System einer gänzlich eigenen Logik folgt. Der Kerngedanke der Luhmannschen Analyse der in funktionale Teilsysteme ausdifferenzierten Gesellschaft liegt in der Einsicht, dass »eine Gesellschaft, die in Funktionssysteme gegliedert ist, über keine Zentralorgane verfügt. Sie ist eine Gesellschaft ohne Spitze und ohne Zentrum.«³ Weder Religion noch Moral noch die Politik vermögen einer funktional ausdifferenzierten Gesellschaft Steuerungsvorgaben zu machen. Ein System kann nur sich selbst steuern, die gezielte Fremdbeeinflussung eines Systems durch ein anderes ist für Luhmann nicht möglich. Mit dem Steuerungsskeptizismus, den Luhmann der Politik entgegenhält, korrespondiert seine Warnung an all jene, die versuchen, Moral von außen in die Funktionssysteme hineinzutragen. Nach Luhmann kann ein Funktionssystem nur sich selbst steuern. Somit kann es auch nur selbst über das Prozessieren von Moral entscheiden. Jedes System, ob Wirtschaft oder Politik, Religion oder Wissenschaft, fällt dabei seine Entscheidungen nach ganz unterschiedlichen Kriterien. In der Wirtschaft geht es um das Kriterium

¹ *Roswitha Pioch*, Soziale Gerechtigkeit in der Politik. Orientierungen von Politikern in Deutschland und den Niederlanden, Frankfurt/M.-New York 2000.

² *Max Weber*, Gesammelte Aufsätze zur Wirtschaftslehre, Tübingen 1985, 604 (Herv. i. O.).

³ *Niklas Luhmann*, Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat, München 1981, 22.

Besitz, Haben oder Nicht-Haben ist hier die Frage. In der Religion geht es um Glauben oder Nicht-Glauben, in der Politik geht es um Macht.

Soziologen wie Max Weber und Niklas Luhmann zeigen, dass Moral in der modernen Gesellschaft nicht länger von einem übergeordneten Standpunkt aus vorgegeben werden kann. Dies gilt auch für theologische und philosophische Begründungsversuche von Moral. Jedes System in der Gesellschaft operiert nach einer eigenen Logik und entscheidet selbst darüber, ob und wieviel Moral es dabei berücksichtigt. Dass Moral in der modernen Gesellschaft nicht von einem übergeordneten Standpunkt aus für allgemeinverbindlich erklärt werden kann, ist auch für uns Wissenschaftler in unserer Herangehensweise an das Thema soziale Gerechtigkeit folgenreich. Die Philosophie hat es seit jeher als ihre Aufgabe angesehen, Theorieangebote für die normativen Grundlagen der Gesellschaft zu unterbreiten. Seit Beginn der 1970er Jahre können wir eine intensive philosophische Gerechtigkeitsdebatte beobachten, die – angestoßen durch die ›Theorie der Gerechtigkeit‹ von *John Rawls*⁴ und die darauf folgenden Gegenentwürfe sozialer Gerechtigkeit, wie *Michael Walzers* ›Sphären der Gerechtigkeit‹⁵ – bis heute anhält. Aber abgesehen davon, dass derartige Debatten von einem intellektuell interessierten Publikum verfolgt werden, steht der Nachweis ihrer empirischen Relevanz noch aus.

In der modernen Gesellschaft stehen unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen im Wettbewerb. Deshalb wird die Frage nach sozialer Gerechtigkeit heute zu einer empirischen Frage. Es bleibt zu prüfen, welche Moralvorstellungen und welche Deutungen von sozialer Gerechtigkeit die Individuen selbst vornehmen. Für die Zukunft europäischer Wohlfahrtsstaatlichkeit ist nicht entscheidend, welche Vorstellung von Gerechtigkeit philosophisch besser oder schlechter zu rechtfertigen ist, sondern welche Gerechtigkeitsvorstellungen von den Gesellschaftsmitgliedern hervorgebracht werden und welche unter den Gesellschaftsmitgliedern wiederum Akzeptanz finden. Gerechtigkeitsforschung wird vornehmlich zu einer empirischen Aufgabe.⁶

Die Vieldeutigkeit dessen, was soziale Gerechtigkeit in der Politik heißt, liegt also nur scheinbar in der parteipolitischen Oberflächlichkeit von Wahlprogrammen begründet. Sie spiegelt vielmehr die Ausgangssitua-

⁴ *John Rawls*, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/M. 1979.

⁵ *Michael Walzer*, Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit, Frankfurt/M.-New York 1994.

⁶ Vgl. *Roswitha Pioch*, Funktionale Differenzierung und soziale Gerechtigkeit, in: *Michael Corsten/Hartmut Rosa/Ralph Schrader* (Hg.), Die Gerechtigkeit der Gesellschaft, Wiesbaden 2005, 53–75.

tion einer modernen Gesellschaft in der Auseinandersetzung über ihre Wohlfahrtsstaatlichkeit wider. Die Gerechtigkeitsvorstellungen stehen heute in doppelter Weise im Wettbewerb. Zum einen sehen sich Forderungen nach Solidarität und Gerechtigkeit mit veränderten Bedingungen des Marktes konfrontiert. Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit ist in letzter Zeit in dem Maße zu einem ernststen Thema geworden, in dem sich im Zuge der deutschen Vereinigung, der europäischen Integration und der Globalisierung wirtschaftlicher Zusammenhänge neue Verteilungseinheiten bilden und alte Verteilungslösungen brüchig werden. Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit ist heute (wieder) dem Wettbewerb des Marktes ausgesetzt. Zum anderen stehen heutzutage unterschiedliche Vorstellungen von Solidarität und Gerechtigkeit notwendig im Wettbewerb zueinander. In einer modernen Gesellschaft gibt es keine einheitliche Religion und keine allgemeinverbindliche Moral. Heutzutage haben wir es mit unterschiedlichen, miteinander konkurrierenden Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit zu tun. Diese werden in der Sozialpolitik – als dem Politikbereich, der Entscheidungen über gesellschaftliche Verteilungsfragen trifft – besonders virulent. Deshalb können wir selbst für die Linke in Deutschland von keiner einheitlichen Deutung des Gerechtigkeitsbegriffs ausgehen.

Im folgenden Abschnitt wird zunächst der historische Wandel der Gerechtigkeitsziele der Sozialdemokratie in Deutschland aufgezeigt. Im Anschluss an die historische Längsschnittbetrachtung werden dann gewissermaßen querschnittartig die Unterschiede in den Gerechtigkeitsvorstellungen der Linken beleuchtet. Es wird gezeigt, wie die jeweilige Deutung sozialer Gerechtigkeit von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen zu unterschiedlichen Akzentsetzungen im Verhältnis von Markt, Staat und Eigenverantwortung führen. Es bleibt im Anschluss zu fragen, inwieweit die verschiedenen Vorstellungen von Wohlfahrtsstaatlichkeit trotz unterschiedlicher Akzentsetzungen einen gemeinsamen Kern oder zumindest Teilüberschneidungen aufweisen, der die Bezeichnung ›links‹ rechtfertigt und diese als Linke vom konservativen Parteienspektrum abzugrenzen erlaubt.

3. DIE ANFÄNGE DER SOZIALDEMOKRATIE ALS ARBEITERBEWEGUNG BIS ZUR PARTEI DER MITTE

Geht man historisch in Deutschland zurück zu den Anfängen der Sozialdemokratischen Partei, dann war die Sozialdemokratie lange Zeit nicht

nur eine Partei, sondern vielmehr eine soziale Bewegung.⁷ *Ferdinand Lassalle* gründete 1863 den ›Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein‹. Diesem Vortrupp der entstehenden Arbeiterklasse gehörten erst wenige tausend Mitglieder an. Und es waren weniger die Fabrikarbeiter, die aus der agrarischen Provinz in die Städte kamen, als die Handwerksgelegen, die die Träger des frühsozialistischen Protestpotenzials bildeten. Denn sie hatten in ihrem Zunftwesen bereits Organisationsfähigkeit erlernt. ›Assoziation, Bildung und Produktivgenossenschaft‹ waren die Leitideen der frühen Arbeiterbewegung. *August Bebel* und *Wilhelm Liebknecht* führten die 1869 in Eisenach gegründete ›Sozialdemokratische Arbeiterpartei‹ an. Aus den beiden zunächst noch verfeindeten Lagern gründete sich 1875 in Gotha die ›Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands‹. Die Wirtschaftskrise und die Schutzzollpolitik der Konservativen und Rechtsliberalen ließen die Arbeiter die Folgen der Klassengesellschaft erfahren. Ihre gesellschaftliche Stigmatisierung, die die Sozialdemokraten durch das von Bismarck erlassene Sozialistengesetz (1878–1890) erfuhren, führte zur immer stärkeren Öffnung der Arbeiterbewegung für marxistische Ideen und marxistisches Vokabular. Man selbst gehörte zum ›Proletariat‹, die Herrschenden zur ›Bourgeoisie‹. Aus den Klassenkämpfen würde das Proletariat als historischer Gewinner hervorgehen. ›Gleichheit‹ war in der Vision einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Arbeiterklasse am Ende die Bourgeoisie enteignet und eine ausbeutungsfreie Gesellschaft errichtet, eine zentrale Leitidee. Nicht nur *Karl Marx* beeinflusste die deutsche Arbeiterbewegung, ebenso *Karl Kautsky* und *Friedrich Engels*. Dem Klassenstaat wurde zutiefst misstraut.

Insofern wurde der Bismarcksche Sozialstaat, das ›Zuckerbrot‹, welches der Reichskanzler den Arbeitern in Form der Sozialversicherungen zur ›Peitsche‹ der Sozialistengesetze gereichte, von der Arbeiterbewegung abgelehnt. Die gesetzliche Krankenkasse 1883, die gesetzliche Unfallversicherung 1884 und die gesetzliche Rentenversicherung 1889 wurden in Deutschland ohne die Unterstützung der Sozialdemokraten und gegen den Willen der Arbeiterbewegung eingeführt.⁸ Die Handwerksgelegen verfügten über selbstorganisierte Gesellenkassen. Eine gesetzliche Krankenversicherung erschien ihnen wenig attraktiv. Und wer von den Arbeitern würde schon in Anbetracht der damaligen Lebenserwartung das

⁷ Vgl. zum Folgenden *Franz Walter*, Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte. Berlin 2001.

⁸ Vgl. *Volker Hentschel*, Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1880–1990, Frankfurt/M. 1983, 145–229; *Heinz Lampert*, Lehrbuch der Sozialpolitik, 4. Aufl., Berlin 1996, 86–98; *Franz-Xaver Kaufmann*, Varianten des Wohlfahrtsstaates. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich, Frankfurt/M. 2003, 248–308.

himmlische Alter von 70 Jahren erreichen, welches als Eintrittsalter für die ohnehin geringen gesetzlichen Rentenleistungen festgelegt wurde? Vor allem die Krankenkassen trugen allerdings zur gesellschaftlichen Integration der Sozialdemokraten bei, die in den Selbstverwaltungsgremien der Krankenkassen zahlreiche Funktionärsposten einnehmen konnten.

Das Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei 1891 spiegelt den Zwiespalt zwischen marxistischen Leitideen und reformistischem Pragmatismus in seinen beiden unverbundenen Programmteilen wieder. Die Arbeiterbewegung war gekennzeichnet durch eine reformistische Alltagsmentalität und eine marxistische Zukunftsperspektive. Die Sozialdemokratie gewann mit diesem Zwiespalt an Stimmen und an Mitgliedern. 1913/14 zählte die SPD nahezu 1 Million Mitglieder. Die SPD etablierte sich als Milieupartei des industriellen Facharbeiters und der Angestellten. Mit der KPD hatte sich eine parteipolitische Alternative innerhalb der Arbeiterbewegung etabliert, die ihren Rückhalt eher bei den jüngeren, arbeitslosen oder im Bergbau und der Chemieindustrie beschäftigten Mitgliedern fand. Die Wirtschaftskrise, die steigende Arbeitslosigkeit, auf die die Sozialdemokraten keine Antwort fanden, ließ die Sozialdemokraten in der Weimarer Republik scheitern. Während ausnahmslos alle bürgerlichen Abgeordneten für Hitlers Ermächtigungsgesetze am 23. März 1933 votierten, waren sie die einzigen, die geschlossen ihre Gegenstimme erhoben, obgleich bereits einige ihrer Abgeordneten schon vor diesem Zeitpunkt inhaftiert worden waren. Am 22. Juni 1933 wurde die Sozialdemokratische Partei von Hitler in Deutschland verboten. Bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft wurden die Sozialdemokraten in Deutschland verfolgt, unterdrückt und in Konzentrationslager gebracht.

Nach 1945 vereinigten sich die SPD und KPD in der sowjetischen Besatzungszone zur SED. Im Westen machte sich die SPD bis 1952 für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrie stark. Die wachsende Prosperität durch das Wirtschaftswunder wurde ignoriert.⁹ Eine grundsätzliche Umgestaltung des sozialen Sicherungssystems nach 1945 etwa im Sinne der Neuordnung des Bismarckschen Sozialversicherungsstaates in Richtung einer Einheits- und Volksversicherung wurde von den Sozialdemokraten zunächst nicht forciert. Man konzentrierte sich auf rasche Verbesserung der gängigen Leistungen und deren Finanzierung. Eine grundlegende Reform behielt man sich vor für Zeiten nach den ersten Wahlen zum Bun-

⁹ Vgl. *Hans-Günther Hockerts*, Ausblick: Bürgerliche Sozialreform nach 1945, in: Rüdiger vom Bruch (Hg.), *Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz bis zur Ära Adenauer*, München 1985, 245–273.

desparlament, bei denen man fest darauf vertraute, eine handlungsfähige Mehrheit zu erhalten. Doch es sollte anders kommen: Die ersten Wahlen zum Deutschen Bundestag am 14. August 1949 führten zur Regierung *Konrad Adenauers* mit einer Regierungskoalition aus CDU/CSU, FDP und DP – und bescherten der SPD eine eklatante Wahlniederlage. Statt eines Aufwärtstrends der Sozialdemokratie nach der nationalsozialistischen Diktatur hatten die Sozialdemokraten es schwer, sich im Nachkriegsdeutschland zu behaupten. Zwischen 1948 und 1954 verlor die SPD 300.000 Mitglieder. Sie war noch lange keine Volkspartei, während die CDU bei der Bundestagswahl 1957 über 50 % der Wählerstimmen für sich verbuchen konnte.

1957 traten die gesamtdeutsch orientierten Protestanten zur SPD über, aus ihren Reihen gingen später *Gustav Heinemann*, *Erhard Eppler* und *Johannes Rau* hervor. Der Wandel der SPD begann in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren. Mit dem *Godesberger Programm* von 1959 machten sie programmatisch deutlich, dass für sie die Zeit von Klassenkampf und Marxismus vorbei war und sie nun mehr marktwirtschaftliches Denken und pluralistische Grundwerte teilten. Dem Godesberger Programm gingen freilich heftige Debatten auf dem SPD-Parteitag voraus. Insbesondere die Anerkennung der Kirchen als Partner und die Achtung ihres besonderen Auftrages ging den in sozialistischer Tradition gegen Religion und Kirche als ›Opium für das Volk‹ stehenden Aktivisten doch zu weit. In der Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung markiert das Godesberger Programm die Abkehr von Proletariat und Marxismus hin zu pluralistischen Grundwerten und die Wende der SPD zur Volkspartei der Mitte. Die SPD wollte mit diesem Programm die konservative CDU an Modernität übertreffen. Die Sozialdemokraten setzten sich für Bildung, technischen Fortschritt und eine zeitgemäße Infrastruktur ein. Sozialpolitik beschränkte sich nun nicht mehr auf Fürsorge, Linderung von Not und Absicherung des schutzbedürftigen Lohnarbeiters durch Sozialversicherungen. Sozialpolitik wurde zur Gesellschaftspolitik, mit der man Klassenunterschiede und Einkommensdifferenzen vermindern wollte. Sozialpolitik wurde zum wichtigsten Instrument zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit. Der Staat bekam in den 1960er Jahren eine neue Rolle zugewiesen. Er sollte aktiv sein, intervenieren, auch regulierend in die Wirtschaft eingreifen. Man glaubte an staatliche Planungs- und Steuerungskompetenzen. Mit der sozialdemokratischen Bildungspolitik, die den Arbeiterkindern den Zugang zu den Hochschulen eröffnete, schuf die SPD selbst eine neue, sozialberufliche Mittelschicht jenseits der alten Klassen von Proletariat und Bour-

geoisie. Von der Partei des Proletariats wandelte sie sich mehr und mehr zur Partei der Mitte.

1969 begann mit der Regierung *Willy Brandts* das Jahrzehnt des Sozialliberalismus. Immer wichtiger wurden jetzt Angestellte und Beamte als Wähler- und Mitgliederklientel. Die SPD wurde in der Zeit der Regierungskoalition mit den Liberalen – die Grünen gab es ja noch nicht – zur Partei des öffentlichen Dienstes, zur Partei der Lehrer und der sozialberuflichen Mittelschicht. Im Zentrum der Regierung Brandt stand weniger die Auseinandersetzung um den Sozialstaat als die Tatsache, dass Willy Brandt, wie kein anderer die Ostpolitik als Entspannungspolitik prägte. Die neue Mitte begann in den 1970er Jahren, sich in zwei Richtungen zu entwickeln. Die marktorientierten Gruppen störten sich am wohlfahrtsstaatlichen Etatismus und wanderten nach rechts zur CDU und FDP ab. Der linkslibertäre Flügel, von dem viele 1972 noch begeisterte Willy Brandt-Anhänger waren, formierte sich als ökologische Protestbewegung gegen das Atomenergieprogramm der Regierung Schmidt und als friedenspolitischer Protest gegen die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden. Den Sozialdemokraten gelang es nicht, die verschiedenen innerparteilichen Strömungen zu integrieren. Die Grünen wurden zur Partei des radikalisierten Sozialliberalismus. Die SPD verlor für lange Zeit ihre Mehrheits- und Regierungsfähigkeit. Während die Grünen sich links von der SPD im Parteienspektrum etablierten, rückte die SPD weiter in die Mitte. Diese Position eröffnete ihr letztlich neue Koalitionsmöglichkeiten. Erst in den 1990er Jahren, als die Massenarbeitslosigkeit unter der Regierung *Helmut Kohls* weiter anstieg, wurde die Frage: *welche Wohlfahrtsstaatlichkeit wollen wir?* wieder zum zentralen Gegenstand der politischen Auseinandersetzung. Der Erhalt des Sozialstaates, das alte Thema der Sozialdemokratie, rückte in das Zentrum der politischen Debatte. Gegen die Regierung Kohl wurde ein moderner, medienwirksamer Wahlkampf von Gerhard Schröder geführt, der 1998 zum Wahlsieg der Sozialdemokraten führte.

4. GERECHTIGKEIT UND WOHLFAHRTSSTAATLICHKEIT BEI SPD, GRÜNEN UND PDS

Zur empirischen Untersuchung der Deutungen von sozialer Gerechtigkeit und Wohlfahrtsstaatlichkeit innerhalb der Linken sollen im Folgenden querschnittsartig *drei unterschiedliche Modelle* von sozialer Gerechtigkeit und Wohlfahrtsstaatlichkeit aus dem linken Parteienspektrum

aufgezeigt werden. Die jeweiligen Gerechtigkeitspositionen wurden neben einer empirischen Ausdeutung schriftlichen Materials, wie z. B. Parteitagsbeschlüssen und Wahlprogrammen, anhand von Interviews entwickelt, welche mit drei Spitzenpolitikern als Vertreter der linken, im Parlament vertretenen Parteien geführt wurden.¹⁰

Betrachten wir im Folgenden die Gerechtigkeitsvorstellungen der Politiker, zeigt sich durchgehend, dass die Interviewten sich nicht nur einem übergeordneten Gerechtigkeitsprinzip verpflichtet fühlen, wie etwa dem Leistungsprinzip oder dem Bedarfsprinzip. Die Politiker verbinden vielmehr in ihren Reformvorschlägen unterschiedliche Gerechtigkeitsprinzipien in je spezifischer Weise. Die jeweiligen Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit der Politiker unterscheiden sich insbesondere darin voneinander, welche Geltung dem *Reziprozitätsprinzip* zukommt, was also an Gegenleistung von Sozialleistungsempfängern erwartet wird. Sie differieren weiter darin, was unter *Solidarität* verstanden wird. Wer gehört in den Kreis der Solidaritätsempfänger? Weiter wird dem *Subsidiaritätsprinzip* eine je unterschiedliche Bedeutung beigemessen, und sie variieren schließlich hinsichtlich der Auslegung des *Individualprinzips* im Sozialstaat. Die verschiedenen Gerechtigkeitsvorstellungen stellen also je unterschiedliche Zusammensetzungen verschiedener Gerechtigkeitsprinzipien dar. Es handelt sich um Gerechtigkeitskompositionen oder auch Gerechtigkeitskonfigurationen. In konservativen Sozialstaatsvorstellungen stellen Marktgerechtigkeit und sozialstaatliche Solidarität oftmals zwei gegenläufige Prinzipien dar, die sich wechselseitig begrenzen. Ein Zuviel an sozialstaatlicher Intervention in die Ökonomie verwische die Möglichkeit der Anerkennung der Leistungen des Einzelnen und verunmögliche eine Leistungsgerechtigkeit durch den Markt. Davon unterscheiden sich die drei im folgendem näher vorgestellten Gerechtigkeitsvorstellungen aus dem linken, sozialistischen Parteienspektrum. Sie zielen in ihren Deutungen sozialer Gerechtigkeit nicht länger auf eine Anerkennung der Leistungen des Einzelnen durch den Markt, sondern auf die sozialstaatliche Anerkennung seiner Anstrengungen für die Gesellschaft.

Insgesamt zeigen die drei Positionen von SPD, Grünen und PDS, wie in einer von allgemeinverbindlichen Moralprinzipien losgelösten, ausdifferenzierten Gesellschaft unterschiedliche Deutungen von sozialer Gerechtigkeit bei der Suche nach Verteilungslösungen kollektiver Güter in der Gesellschaft zugrunde liegen.

¹⁰ Vgl. Roswitha Pioch, Soziale Gerechtigkeit (Anm. 1), 142–257.

	SPD	PDS	Grüne
	Arbeitsmarkt-gerechtigkeit	Egalitäre Gerechtigkeit	Bedingte Teilhabe-gerechtigkeit
Reform-ansatz	Beschäftigungsförderung	Grundsicherung und Umverteilung	Grüne Grundsicherung
Reziprozität	Leistung und Gegenleistung nach Anstrengung auf dem Arbeitsmarkt	Anerkennung der Erwerbsarbeit als primäre Form der Existenzsicherung	Allgemeine Gegenleistung des Individuums bei Inanspruchnahme der Gesellschaft
Solidarität	Arbeitnehmersolidarität	Partikulare Solidarität zur Umverteilung von oben nach unten	Solidarität mit den jeweilig Schwachen in der Gesellschaft
Subsidiarität	–	Begrenzung auf Kernfamilie	Begrenzung auf Kernfamilie
Individualität	Zeitautonomie der Arbeitnehmer	Autonomie unter Lohnarbeitsvorbehalt	Autonomie im Biographieverlauf

Tabelle 1: Typologie von Wohlfahrtsstaatlichkeit

Es wird deutlich, dass auch in der ausdifferenzierten Gesellschaft Gerechtigkeitskriterien in den Handlungsorientierungen der Akteure von Relevanz sind. Allerdings gehört es zum Signum einer modernen Gesellschaft, dass solche Moralvorstellungen nicht mehr einheitlich, sondern selbst innerhalb des linken Gesellschaftsspektrums in unterschiedlicher Weise vertreten werden. Den drei Gerechtigkeitsvorstellungen ist gemeinsam, dass in ihren Deutungen sozialer Gerechtigkeit nicht länger das Sinnmoment der Anerkennung der Leistungen des Einzelnen, sondern der Anerkennung seiner Anstrengungen für die Gesellschaft dominiert. So ist die Deutung sozialer Gerechtigkeit als ›Arbeitsmarktgerechtigkeit‹, welche innerhalb der SPD vertreten wird, geleitet von einer Reziprozitätsvorstellung, nach der dem Arbeitnehmer für seinen gesellschaftlichen Wertschöpfungsbeitrag durch seine Erwerbsarbeit eine entsprechende Anerkennung und Gegenleistung der Gesellschaft zusteht. Diese Anerkennung der Erwerbsarbeit muss auch ein Sozialhilfeempfänger, der Leistungen von der Gesellschaft beansprucht, erbringen. In dieser Gerechtigkeitsvorstellung ist der Arbeitsmarkt kein Gütermarkt. Somit herrscht dort auch keine Marktgerechtigkeit. Angesichts der Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt gilt Solidarität in dieser Gerechtigkeitsvorstellung speziell den lohnabhängigen Arbeitnehmern. Darüber hinaus bezieht sich Solidarität auf diejenigen, die in der Konkurrenz innerhalb der Arbeitnehmerschaft unterliegen. Das sind die Arbeitsuchenden gegenüber den Arbeitsplatzbesitzern.

Mit dieser Gerechtigkeitsvorstellung geht eine Deutung von Individualität als Zeitsouveränität einher, die auch dem einzelnen Arbeitnehmer beim Angebot seiner Arbeitskraft zugestanden wird. Darauf verweisen die Reformvorschläge zu einer differenzierten Teilzeitregelung. Da in dieser Gerechtigkeitsvorstellung von einem strukturellen Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt ausgegangen wird, vor dessen sozialen Risiken der Sozialstaat den Arbeitnehmer grundsätzlich zu schützen hat, wird dem Subsidiaritätsprinzip hier, wie auch in den nachfolgenden Gerechtigkeitsvorstellungen, eine untergeordnete Bedeutung beigemessen.

Für das Modell von Wohlfahrtsstaatlichkeit der PDS steht das Deutungsmuster ›egalitäre Gerechtigkeit‹. Reziprozität wird auch hier als gesellschaftliche Anerkennung der Erwerbsarbeit gedeutet. Die erwerbsarbeitszentrierte Deutung von Reziprozität geht in der egalitären Gerechtigkeitsvorstellung mit einer Deutung von Solidarität als partikularistische Kampfsolidarität der Lohnabhängigen zur Umverteilung ›von oben nach unten‹, zwischen ›arm und reich‹ einher. Individualität wird hier verstanden als Autonomie des einzelnen, über seine Lebensführung frei entscheiden zu können. Die Geltung des Autonomieprinzips steht in dieser Deutung sozialer Gerechtigkeit unter dem Vorbehalt der Arbeitsmarktorientierung des oder der einzelnen.

Das Deutungsmuster sozialer Gerechtigkeit der Grünen steht dem Prinzip universeller Teilhabegerechtigkeit vergleichsweise am nächsten. Es kann hier als ›bedingte Teilhabegerechtigkeit‹ bezeichnet werden. In diesem Fall liegt eine Deutung von Reziprozität vor, die eine allgemeine Gegenleistung des Individuums für die Inanspruchnahme gesellschaftlicher Hilfeleistungen vorsieht. Allerdings richtet sich die Vorstellung darüber, welche Gegenleistungen dafür angemessen sind, nicht allein an der Erwerbsarbeit aus. Der Kreis der Teilhabeberechtigten wird so über die Erwerbstätigen hinaus auf ehrenamtlich Tätige oder Kindererziehende ausgeweitet. Doch letztlich bleibt die Auslegung des Reziprozitätsprinzips in dieser Gerechtigkeitsvorstellung der Annahme einer Unterscheidbarkeit zwischen Reziprozitätsansprüchen erfüllenden und diesen nicht entsprechenden Tätigkeiten in der Lebensführung des Einzelnen verhaftet. Teilhabe steht unter der Bedingung der Erfüllung gesellschaftlicher Reziprozitätserwartungen.

Im Unterschied zur ›egalitären Gerechtigkeitsvorstellung‹ sieht die Deutung von Solidarität eine Verpflichtung der Gesellschaft zur Existenzsicherung und Hilfe gegenüber den Bedürftigen in der Gesellschaft vor und klagt keine egalitär ausgerichtete Umverteilung ein. Die Orientierung am Prinzip universeller Teilhabegerechtigkeit drückt sich vor allem in der

Solidaritätsvorstellung in diesem Deutungsmuster aus. Das hier vorliegende universelle Solidaritätsverständnis verlangt, dass der Sozialstaat an seiner unteren Grenze mit der Unterscheidung zwischen Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen brechen muss. In diesem Deutungsmuster sozialer Gerechtigkeit wird ein Geltungsanspruch von Reziprozität als generelle, aber doch nicht der Selbstdefinition des Einzelnen überlassene Gegenleistung des Individuums für die Inanspruchnahme gesellschaftlicher Hilfeleistungen verknüpft mit einem universellen Solidaritätsprinzip. Es liegt mit diesem Deutungsmuster somit eine um das Festhalten an definierbaren und unterscheidbaren Reziprozitätsleistungen gebrochene Teilhabegerechtigkeitsvorstellung vor. Die Brechung in der Zustimmung zur Geltung universeller Teilhabe zeigt sich auch in einem vorbehaltlichen Autonomieverständnis. Eine autonome Lebensführung in vollem Angewiesensein auf gesellschaftliche Unterstützungsleistungen ist mit der hier repräsentierten Deutung sozialer Gerechtigkeit nicht in Einklang zu bringen. Zugleich aber gewinnt in dieser Gerechtigkeitsvorstellung ein Angewiesensein des Individuums auf gesellschaftliche Solidarität in Form von sozialstaatlichen Leistungen, wenn es nur temporär ist, eine legitime Berechtigung.

5. WANDEL DER GERECHTIGKEITSDEUTUNGEN IN DER ROTGRÜNEN REGIERUNGSKOALITION

Die veränderten Bedingungen des Marktes, die verschärften Wettbewerbsbedingungen im Zuge von europäischer Integration und Globalisierung der Märkte sind für die miteinander konkurrierenden Gerechtigkeitsvorstellungen in der Politik folgenreich. Die verschärften Wettbewerbsbedingungen des Marktes, denen soziale Gerechtigkeit ausgesetzt ist, führen zu einer bemerkenswerten Veränderung in den Argumentationsformen, mit denen um Gerechtigkeit in der sozialpolitischen Diskussion gestritten wird. Sie führen zu einer Abkehr von Diskursen über Umverteilung und hin zu *Argumentationen produktivistischer Gerechtigkeit*. In diesen produktivistischen Gerechtigkeitsargumentationen geht es darum, soziale Gerechtigkeit anschlussfähig an die wettbewerbsgeprägten Marktbedingungen zu machen. Es geht in der Sozialpolitik um die Herstellung von *wettbewerbsfähiger Solidarität*.

Auf Umverteilungsgerechtigkeit zielen solche Argumentationen, die eine Verteilungslösung eines gegebenen Verteilungsvolumens anstreben. Verteilung ist in diesem Fall, soziologisch gesprochen, ein *Nullsummenspiel*:

was den einen gegeben wird, muss den anderen genommen werden. Das Gesamtverteilungsvolumen bleibt bei dieser Art von Verteilungslösung konstant. Davon zu unterscheiden ist die Vorstellung produktivistischer Gerechtigkeit. Hier wird mit der vorgeschlagenen Verteilungslösung eine Steigerung, eine Vergrößerung des Gesamtverteilungsvolumens angestrebt. Spieltheoretisch gesprochen, handelt es sich hier um ein *Positivsummenspiel*. Produktivistische Gerechtigkeitsvorstellungen gehen von einer positiven Wirkung ihrer Verteilungslösung auf das Gesamtverteilungsvolumen aus. Insofern geht es in produktivistischen Gerechtigkeitsvorstellungen immer um längere Zeithorizonte. Umverteilungen hingegen zielen auf eine sofortige Veränderung der gegebenen Verteilungszustände. Konservative Sozialstaatskritiker haben schon immer mit der von ihnen behaupteten marktschädigenden Wirkung des Sozialstaats eine produktivistische Argumentation vorgetragen. Lohnsteigerungen sowie Sozialstaatskosten wirken sich in der neoliberalen Sozialstaatskritik als schädlich für die Arbeitsmarktsituation aus. Sie gehen angeblich zu Lasten aller.¹¹ Wird trotz Lohnzurückhaltung und Entlastung von Sozialstaatskosten nicht in Arbeitsplätze investiert, dann waren in der Argumentationslogik der Sozialstaatskritiker die Löhne eben noch nicht niedrig genug und die Sozialstaatskosten für die Arbeitgeber immer noch zu hoch.¹² Die Sozialstaatsbefürworter müssten den wirtschaftlichen Wert von Sozialpolitik ausweisen.

In der sozialwissenschaftlichen und politischen Diskussion hat *Wolfgang Streeck*¹³ die für manchen provokante These vertreten, dass – wenn sich überhaupt so etwas wie ein *Europäisches Sozialmodell* abzeichnet, dieses sich durch eine »wettbewerbsfähige Solidarität« sich auszeichnet. Wettbewerbsfähige Solidarität bedeutet nicht länger Umverteilung, sondern eine Politik, die Individuen wie auch Regionen und Länder dazu befähigt, erfolgreich im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Statt Umverteilung stellt wettbewerbsfähige Solidarität Investitionen in die Infrastruktur, in das *human capital* bereit, mit dem Ziel, im Innern der Nationalstaaten eine gleiche Verteilung äußerer Wettbewerbsfähigkeit herzustellen. Kleine, eher homogene Länder können sich, so Streeck, am ehesten auf eine

¹¹ Vgl. *Klaus Holz/Roswitha Pioch/Georg Vobruba*, Verteilungskonflikte in politischen Integrationsprozessen: Das Beispiel des Tarifkonflikts in der sächsischen Metallindustrie, in: Volker Eichener/Helmut Voelzkow (Hg.), *Europäische Integration und verbandliche Interessenvermittlung*, Marburg 1994, 575–597.

¹² Vgl. *Albert Otto Hirschman*, Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion. Aus dem Amerikan. von Daniel von Recklinghausen, München-Wien 1992.

¹³ *Wolfgang Streeck*, *Competitive Solidarity. Rethinking the »European Social Model«* (MPIfG Working papers 99/8), Köln 1999.

solche Strategie wettbewerbsfähiger Solidarität umstellen. Nach Streeck geht es im Sinne wettbewerbsfähiger Solidarität zukünftig in den einzelnen europäischen Sozialstaaten weniger darum, sozialpolitische Umverteilungen zu initiieren. Solidarität könne, wenn überhaupt, nur verteidigt werden als Form gemeinsamer Wettbewerbsfähigkeit. Gefordert sei in modernen Wohlfahrtsstaaten nicht eine Sozialpolitik gegen den Markt, sondern im und mit dem Markt.

Nutzt man die Unterscheidung zwischen produktivistischer und distributiver Gerechtigkeit zur Analyse gegenwärtiger Sozialpolitik, dann lässt sich zeigen, dass sich eine solche Verschiebung von Umverteilungsgerechtigkeit auf produktivistische Gerechtigkeitskonzepte im sozialpolitischen Diskurs innerhalb der Sozialdemokratie unter *Gerhard Schröder* in dem von ihm beschrifteten ›dritten Weg‹ vollzogen hat. In dem dominanten sozialpolitischen Diskurs in Deutschland geht es heute in der Tat darum, sozialpolitische Verteilungslösungen nicht gegen, sondern mit und in den Wettbewerbsbedingungen des Marktes zu finden. Der markanteste Meilenstein des von Gerhard Schröder beschrifteten ›Dritten Wegs‹¹⁴ ist sicherlich die Verkündung der ›Agenda 2010‹ in seiner Regierungserklärung vom 14. März 2003 und die darauf folgende Verabschiedung der so genannten ›Hartz-Gesetze‹.¹⁵ Unter dem Motto: ›Fordern und Fördern‹ wurden mit dem Hartz IV-Gesetz, welches offiziell den modernistischen Namen ›Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt‹ trägt, die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe zusammengeführt zu einem so genannten Arbeitslosengeld II. Die Arbeitslosenhilfe wurde abgeschafft. Der Bezug von Arbeitslosengeld II wurde unter umstrittene Zugangsbedingungen gestellt. Die geforderte Arbeitsbereitschaft unterhalb der eigenen Qualifikation sowie die Verwendung in der Erwerbszeit angesparter Rücklagen waren die in der Öffentlichkeit am stärksten diskutierten Reformvorhaben.

Im Zentrum der Sozialpolitik Gerhard Schröders stand nicht mehr der Arbeitnehmer, auch nicht der Arbeitslose.¹⁶ In der von Schröder anvisierten ›Neuen Mitte‹ treffen sich innovative, kreative und experimentierfreu-

¹⁴ *Gerhard Schröder/Tony Blair*, Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair, www.blaetter-online.de.

¹⁵ Vgl. *Antonia Gobr*, Auf dem ›dritten Weg‹ in den ›aktivierenden Sozialstaat‹? Programatische Ziele von Rot-Grün, in: dies./Martin Seeleib-Kaiser (Hg.), Sozial- und Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün, Opladen 2003, 37–63; *Manfred G. Schmidt*, Rot-Grüne Sozialpolitik (1998–2002), in: Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder, Opladen 2003, 239–258.

¹⁶ Vgl. *Matthias Dornscheidt*, Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik unter Rot-Grün in den Jahren 1998–2005, Diplomarbeit, Universität Essen-Duisburg.

dige Menschen, die Mut haben zu Leistung und Eigenverantwortung, und die nicht vom Sozialstaat leben wollen.¹⁷ Unter seiner Führung vollzogen sich die Konsolidierungspolitik des Finanzministers Eichel, die *law and order*-Politik des Innenministers *Otto Schily* und die militärischen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Was in einer SPD der 1980er Jahre wohl undenkbar gewesen wäre, vollzog sich nun fast ohne Widerstand in den Reihen der Sozialdemokratie. Die Sozialpolitik der SPD unter Gerhard Schröder wurde vom grünen Koalitionspartner weitgehend und mit nur sehr leisem Protest mitgetragen.¹⁸ Mit dem Protest der 1980er Jahre scheinen die Sozialdemokratie, aber auch Bündnis 90/Die Grünen ihre Leitziele verloren zu haben. Doch mit den Leitvorstellungen scheint zugleich auch das ›Pathos‹, der politische Kampfgeist bei den Sozialdemokraten, aber auch bei den Grünen, verloren gegangen zu sein.

Vieles, was die SPD von Lassalle bis Willy Brandt, ja bis zu Lafontaine zu Beginn der Kanzlerschaft von Schröder ausgemacht hat, hat sich verändert. Zum einen hat sich die SPD von der Arbeiterklasse entkoppelt. Schon bei der Bundestagswahl 2002 verlor die SPD bei den Arbeitern acht Prozentpunkte. Der einstigen Mitglieder- und Organisationspartei schwindet zudem die Parteibasis. Allein in der Ära Schröder sind mehr als 125.000 Mitglieder aus der SPD ausgetreten. Aber mit dem Proletariat ist in der Sozialdemokratie auch die einheitsstiftende Leitidee von Wohlfahrtsstaatlichkeit verloren gegangen. Auch dafür steht die Agenda 2010. Niemand weiß, ob die ›Agenda 2010‹ der Leitidee folgt, der Sozialstaat ist Kern und Wurzel des zu geringen Wirtschaftswachstums und müsse deshalb zugunsten von verstärkter Eigenverantwortung abgebaut werden. Oder ist der deutsche Sozialstaat doch ein legitimes und effizientes Modell von Wohlfahrtsstaatlichkeit, welches zwar reformbedürftig, aber doch erhaltenswert ist? Eine eindeutige Antwort haben die Sozialdemokraten auch in der zweiten Legislaturperiode der rotgrünen Bundesregierung nicht gegeben.

Die Koalition mit den Grünen hat gerade in der Unterschicht wenig Befürworter. Viele Anhänger ›dritter Wege‹ und der ›Neuen Mitte‹ sind bei den Arbeitnehmern und Arbeitslosen nicht zu finden. Die ›Agenda 2010‹ hat all jene enttäuscht, die dem sozialdemokratischen Versprechen der sozialen Gerechtigkeit entsprechend auf wohlfahrtsstaatliche Fürsorge hofften und stattdessen von der Schröder-SPD mit einem drangsaliierenden

¹⁷ Vgl. *Franz Walter*, Abschied von der Toskana. Die SPD in der Ära Schröder, 2., erw. Aufl., Wiesbaden 2005.

¹⁸ Vgl. *Fritz Kuhn*, Die Agenda hat ein Gerechtigkeitsproblem. Interview in der Berliner Zeitung v. 3.9.2003 (www.fritz-kuhn.de).

Sparkurs und entsprechender neoliberaler Rhetorik konfrontiert wurden. Die Enttäuschten verließen die SPD. Sie wurden zum Teil selbst aktiv und formierten sich zur linken Wahlalternative unter der Führung des »alten« Sozialdemokraten *Oskar Lafontaine*, die schließlich mit der PDS zusammenging. Diese fordert den Erhalt und Ausbau des Sozialstaates in alter Umverteilungslogik, doch bleibt abzuwarten, ob die PDS es schafft, auch im Sinne produktivistischer Gerechtigkeit ihre Anschlussfähigkeit zu beweisen. *Gerhard Schröder* hat es versäumt, eine zeitgemäße Kernbotschaft sozialer Gerechtigkeit positiv zu formulieren. Insofern müsste die SPD über eine linkspopulistische Wahlalternative eigentlich froh sein. Der Einzug der Linken/PDS in den 16. Bundestag eröffnet der deutschen Linken insgesamt die Chance, wieder zu sich selbst und zu zukunftssträchtigen sozialdemokratischen Leitideen von sozialer Gerechtigkeit und Wohlfahrtsstaatlichkeit zu finden. Eine solche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit wird nicht allein auf Umverteilungsgerechtigkeit abzielen können. Will sie im gegenwärtigen sozialpolitischen Diskurs mit den Konservativen und den Liberalen anschlussfähig sein, wird sie in Zukunft mehr denn je neben dem integrativen gesellschaftspolitischen Wert auch den wirtschaftlichen Wert von Sozialpolitik ausweisen müssen.